

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg.
Postcheckkonto: Breslau Nr. 10078. Konto bei: Orts girokasse
der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbe-
bank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich 6.30, monatlich 2.10 M. frei Haus.
Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt
und Kreis Waldenburg 40 Pfg., von auswärts 45 Pfg.,
Vermietungen, Stellengesuche 35 Pfg., Reklameteil 1.50 M.

An unsere Leser!

Die hiesigen Ortszeitungen haben sich auf einen Beschluß der Buchdrucker hin, die sich am Donnerstag den 18. März dem Generalstreik angeschlossen haben, dahin geeinigt, nur die notwendigsten politischen Meldungen der Depeschbüros ohne weitere politischen Ausführungen zu veröffentlichen.

Die Schriftleitung der „Waldenburger Zeitung“. Müntz.

Zur Aufklärung!

Eine am Mittwoch den 17. März in der „Gorkauer Bierhalle“ stattgefundene Allgemeine Buchdrucker-versammlung beschloß mit Stimmenmehrheit, sich dem Generalstreik anzuschließen, und stellte für das Buchdruckgewerbe folgende Richtlinien auf:

Am Donnerstag erscheinen keine Zeitungen; es dürfen nur die wichtigsten Nachrichten in Form eines Extrablattes verbreitet werden. Von Freitag ab werden sogenannte zweispaltige inhaltlich gleichlautende Streifzeitungen herausgegeben, enthaltend die neuesten politischen Tagesereignisse und die wichtigsten Bekanntmachungen der Behörden. Inserate dürfen nicht aufgenommen werden, ebenso werden Privatdruckereien nicht hergestellt. Ausgenommen hiervon sind als Notstandsarbeiten geltende Druckereien (Lebensmittelformen und ähnliches). Von dem Streik sind selbstverständlich auch diejenigen Druckereien betroffen, welche keine Zeitungen herausgeben.

In Anbetracht der gegenwärtigen Lage bitten wir die verehrlichen Leser, den Verhältnissen Rechnung tragen zu wollen.

Die Streikleitung.

Aufruf der Reichsregierung Ebert-Bauer.

Stuttgart, 18. März. (WTB.) Der Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung haben folgende Rundgebung erlassen:

Kapp und Püttwig sind zurückgetreten. Das verbrecherische Abenteuer in Berlin ist beendet. Vor der ganzen Welt ist im Kampfe der letzten Tage der unwiderlegliche Beweis geführt, daß die Demokratie in der deutschen Republik keine Täuschung ist. Das Abenteuer ist zu Ende. Der unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und wieder zum Erfolg geführt werden. Dazu ist vor allem nötig, daß die Arbeiterklasse ihre starke Waffe des Generalstreiks niederlegt. In zahlreichen Fällen ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nun gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, zu allererst die Kohlenförderung, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftsleben gibt.

Arbeiter!

Seid jetzt ebenso tatkräftig und willfährig zur Stelle, wie bei der Abwehr der Volksverführer! Jedermann an die Arbeit! Die Regierung wird mit aller Kraft die Aufnahme des Wiederaufbaues fördern.

Rundgebung des Vizekanzlers Schiffer.

Berlin, 18. März. Das deutsch-demokratische Mitglied der alten rechtmäßigen Regierung, Vizekanzler Schiffer, der gegenwärtig in Vertretung des Reichskanzlers die Regierungsgeschäfte in Berlin leitet, hat im Namen der Reichsregierung folgenden Aufruf erlassen:

„An das deutsche Volk!“

Der bewaffnete Aufruf ist zusammengebrochen, der verfassungsmäßige Zustand

wieder hergestellt. Bedingungslos hat Herr Kapp das von ihm angemaakte Amt des Reichskanzlers aufgegeben. Die Reichsregierung ist in vollem Besitz ihrer vom Volke bestimmten Rechte. Die Führung der Truppen ist dem General von Seeckt übertragen worden. Die einmütige und unerschütterlich entschlossene Haltung des deutschen Volkes vermochte die unheilvolle Schädigung des politischen und Wirtschaftslebens in wenigen Tagen wieder anzuschalten.

Allen Schichten der Bevölkerung, die in der Verteidigung der Demokratie darin zusammenstehen und damit die rasche Wiederkehr des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglichen haben, spricht die Reichsregierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volke innen und außen zugefügte Schaden ist unschätzbar. Das Wirtschaftsleben ist aufs schwerste erschüttert. Um seinen völligen Zusammenbruch und damit den der Volksgesamtheit zu verhüten, ruft die vom Volkswillen getragene und getragene Reichsregierung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Schiffer.

England und Frankreich für die alte Regierung Ebert-Bauer.

Berlin, 18. März. (WTB.) Der englische Geschäftsträger in Berlin, Lord Milner, wünscht auf das entschiedenste festzustellen, daß weder von der britischen, noch von irgend einer anderen verbündeten Seite dem konservativen Putz Kapps und Genossen irgend welche Sympathie gezeigt oder irgend welche Ermunterung gegeben wurde. Gegenteilige Andeutungen, die von der sogenannten Kapp-Regierung in die Öffentlichkeit gebracht wurden, sollten offensichtlich nur Kapps eigenen Zwecken dienen. Infolge der militärischen Pressezen-

sur (!) war es dem britischen Gesandten bisher unmöglich, diese Erklärung abzugeben. Der englische Geschäftsträger nimmt daher die erste Gelegenheit wahr, um die Öffentlichkeit von dem wahren Sachverhalt in Kenntnis zu setzen.

Der französische Geschäftsträger hat heute den Vizekanzler, Reichsminister Schiffer, aufgesucht und ihm den Wunsch der französischen Regierung zu der schnellen befriedigenden Lösung der Krise ausgesprochen, die unzweifelhaft dazu beitragen würde, den liberalen und demokratischen Gedanken in Deutschland zu stärken.

Strafverfolgung der konservativen Hochverräter.

Frankfurt a. M., 18. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Die Reichsregierung hat beim Oberreichsanwalt in Leipzig Antrag auf Strafverfolgung gegen folgende Führer der Berliner Bewegung gestellt: Generallandschaftsdirektor a. D. Kapp, General von Püttwig, Regierungspräsident a. D. von Jagow, Admiral von Trotha, Schiele, Hauptmann a. D. Papst, Rechtsanwalt Brederick, Oberst a. D. Bauer und Kapitän Eshardt.

Wie Kapp's Sturz erfolgte.

Berlin, 18. März. (WTB.) Der Rücktritt Kapps ist vor allem auf die feste Haltung der Eisenbahner zurückzuführen, die noch am Mittwochabend erklärten, sich auf Kompromisse nicht einzulassen. Sie drohten, die Lebensmittel zu ihr nach Berlin völlig zu sperren, wenn Kapp und Püttwig nicht zurücktraten. In der letzten Stunde haben General v. Püttwig und Hauptmann Papst mit den Unabhängigen (!) in Verhandlungen gestanden, die durch Däumig diese Verhandlungen angeknüpft hatten. Oberst Bauer war angeblich bereit, mit den Unabhängigen gegen den Parlamentarismus zu gehen (!) Die Truppen ließen jedoch durch ihre Unterführer erklären, daß sie sich hieran nicht beteiligen wollten, sondern sich wieder der alten Regierung zur Verfügung stellten. Püttwig verhandelte darauf mit den Parteiführern Trimborn (Zentrum), Gothein (Deutsch-demokratisch), Dr. Stresemann (Dtsh. Volkspartei) und Sergt (Dignat.). Der demokratische Vizekanzler

Reichsminister Schiffer lehnte es ab, Lüttich zu empfangen. Nur sein Abschiedsgesuch wurde er entgegennehmen. Angesichts dieser festen Haltung verzichteten Stapp und Lüttich auf weitere Verhandlungen und erklärten ihren Rücktritt.

Abbrücken der Großindustriellen von Rapp.

Berlin, 18. März. (WZB.) Der Aufsichtsrat der deutschen Bank hat dem Generaldirektor Rapp nahegelegt, aus dem Aufsichtsrat der deutschen Bank, dem er seit längerer Zeit angehört, auszuscheiden und beschloß, Rapp nicht mehr zu den Aufsichtsratssitzungen zuzulassen.

Berlin, 18. März. (ZU.) Der Verband der Metallindustriellen hat, ebenso wie der Reichsverband der deutschen Industrie, in Entschuldigungen scharf gegen die Handlungsweise des Generaldirektors Rapp Stellung genommen.

Einberufung der Parlamente.

Berlin, 18. März. Der Reichsrat hielt eine Sitzung ab, an der die in Berlin anwesenden Mitglieder teilnahmen. Es wurde vorgeschlagen, daß die Nationalversammlung und die Preussische Landesversammlung am Montag in Berlin zusammentreten.

Berlin, 18. März. Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt, werden die Reichsregierung und die Nationalversammlung nunmehr in Berlin erwartet.

Die Lage in Berlin.

General von Seeckt tritt für die alte Regierung ein.

Berlin, 18. März. Der neue Oberbefehlshaber General von Seeckt hat folgenden Ausruf erlassen:

„Auf Anordnung der alten Reichsverfassungsmäßigen Regierung und des Reichswehrministers übernehme ich den Oberbefehl über die Truppen im Bereich des Wehrkreiskommandos 1.“

Ich erwarte, daß die Militärregierung im engsten Einvernehmen mit den rechtmäßigen Zivilbehörden und gestützt auf die Mitarbeit aller besonnenen und vaterlandsliebenden Kreise der Bevölkerung für Ruhe und Ordnung in ihrem Bezirk sorgen und das Wirtschaftsleben bald wieder in Gang bringen wird.

Die vom Reichspräsidenten Ebert am 18. Januar erlassene Verordnung für außerordentliche Maßnahmen und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bleibt in Kraft.

Der Oberbefehlshaber,
von Seeckt, General.

Zum Bereich des Wehrkreiskommandos 1 gehört auch Schlesien.

Abmarsch der Marinebrigade Ehrhardt aus Berlin.

Berlin, 18. März. (WZB.) Die Marinebrigade Ehrhardt wurde heute aus Berlin hinausgeführt.

Beim Abmarsch der Baltikumtruppen kam es am Nachmittage am Brandenburger Tor zu schweren Zusammenstößen. Durch Gewehrfeuer wurden 12 Personen getötet und 30 schwer verletzt. Auf dem Weitermarsch wurden die Baltikumtruppen zum zweiten Male auf dem Luisenplatz von einer großen Volksmenge angegriffen, die versuchte, die Soldaten zu entwaffnen. Diese gaben abermals Feuer, wodurch mehrere Personen getötet und verwundet wurden.

Fortdauer des Generalstreiks in Berlin.

Berlin, 19. März. (WZB.) Der Generalstreik dauert hier unverändert fort. Post, Eisenbahn, Untergrund- und Straßenbahnbetrieb ruhen vollständig. Es werden Kundgebungen ohne Unterschrift verbreitet, in denen zur Fortsetzung des Generalstreiks aufgefordert wird, bis die Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt seien, die sich auf Beseitigung des Militärs und verschiedene Minderungen der Arbeiterschaft bei der Neuordnung der Verhältnisse beziehen.

Nachrichten aus dem Reiche.

Magdeburg, 18. März. (WZB.) Der Vollzugsausschuß des hiesigen Arbeiterrats erläßt einen Ausruf, den Generalstreik ab zu brechen und Sonnabend früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Chemnitz, 18. März. (WZB.) Der Generalstreik wird in allen Orten des Erzgebirges, des Vogtlandes und Nordbairiens durchgeführt. Im Erzgebirge und im Vogtlande haben die Arbeiter die Macht in Händen.

Brandenburg, 18. März. (WZB.) Der Generalstreik soll hier weiter fortgeführt werden, bis das auswärtige Militär aus der Stadt entfernt ist.

Die Lage in Breslau.

Breslau, 19. März. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien Philipp hat sein Amt wieder übernommen. Auch die bisherigen Vertreter der verfassungsmäßigen Regierungsgewalten sollen wieder in ihre Ämter eingesetzt werden. Alle nicht in Breslau garnisonierenden Truppen sollen spätestens im Laufe des heutigen Tages die Stadt wieder verlassen. Oberpräsident Philipp teilt in einem Ausruf mit, daß sein sogenannter Nachfolger, der Rittersgutsbesitzer von Kessel, aus Breslau verschwunden ist. Er habe sein Amt niemals niedergelegt, sondern sei mit roher Gewalt an seiner Ausübung verhindert worden. Der verschärfte Belagerungszustand und alle Anordnungen über Presse- und Telephongesetze sind aufgehoben, Presse- und Versammlungsfreiheit wieder hergestellt.

Breslau, 19. März. Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr wurde das Freikorps Aulock bei seinem Abmarsch aus Breslau überfallen. Aus Häusern und von Dächern in der Schweidnitzer Straße wurde auf die Truppen geschossen, die das Feuer erwiderten und die Straße säuberten. Bisher wurden 27 Verwundete und 5 Tote gezählt. Die Schweidnitzer Straße bietet ein Bild der Verwüstung.

Breslau, 19. März. Die „Breslauer Morgenzeitung“ meldet: Im Anschluß an den Angriff auf das Freikorps Aulock kam es hier auch zu einem Sturm der Arbeitermassen auf das Gebäude der konservativen „Schlesischen Zeitung“, gegen die sich die Wut der Menge infolge der Vorgänge bei der „Volksmacht“ entlud. Ein bewaffneter Volkshaufe drang in die Geschäftsräume und ein Hagel von Geschossen zertrümmerte sämtliche Fensterscheiben des Zeitungsgebäudes. Das Zeitungspersonal konnte sich nur mit Mühe durch hintere Ausgänge retten. Im Maschinenraum der

Zeitung entstand eine Explosion, im Papierstichraum ein Brand. Sicherheitswehr säuberte schließlich wieder das Gebäude. Die Feuerwehr war bis in die späten Nachstunden tätig, den Brand zu löschen.

Die Tagung der Nationalversammlung in Stuttgart.

Auffeuernde Enthüllungen des Reichskanzlers.

Stuttgart, 18. März. (WZB.) An der außerordentlichen Tagung der deutschen Nationalversammlung im hiesigen Kunstgebäude nahmen etwa 150 Abgeordnete teil. Zur rechten Seite des Präsidentensitzes hatten die Mitglieder der Reichsregierung, auf der linken Seite sämtliche württembergische Minister und die Vertreter der anderen deutschen Staaten Platz genommen.

Punkt 4 1/2 Uhr eröffnete Präsident Fehrenbach die Sitzung mit der Mitteilung, daß viele Abgeordnete ihr Ausbleiben telegraphisch wegen des Eisenbahnstreiks entschuldigt haben. Dann führte er u. a. aus:

Ich will dem Urteil der Reichsregierung und der Parteien über die Ereignisse in Berlin nicht vorgreifen, aber das eine Wort sei mir gestattet: Leichtfertiger ist eine Revolution noch nie in Szene gesetzt worden, als wie der Putz Rapp-Lüttich und Genossen. (Stürmischer Beifall.) Es ist ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volke begangen worden. Wehe den Menschen, auf denen die Verantwortung für diese Greuel lastet, die den auf die Verfassung geschworenen Eid gebrochen und auch die Soldaten zum Eidbruch verführt haben. Den Truppen, die treu geblieben sind, unseren wärmsten Dank und die herzlichste Anerkennung, aber auch dem großen Beamtenkörper, der mit verschwindenden Ausnahmen die übernommenen Pflicht erfüllt. (Starker Beifall.)

Staatssekretär Dr. Bloß begrüßte die Nationalversammlung namens der württembergischen Regierung und fuhr dann fort: Der konservative Staatsstreik werde das deutsche Volk noch mehr zusammenschweißen. Mit den Auftrüppern dürfe man absolut nicht verhandeln. Das Straßengericht darf ihnen nicht geschenkt werden. Reichskanzler bleibe hart! (Beifall.) Hierauf gab Reichskanzler Bauer

eine Darstellung der Entwicklung des konservativen Putches in Berlin. Er teilte mit, daß die aufrührerischen Offiziere auch die folgende, bisher der Öffentlichkeit noch unbekannte Forderung an den Reichspräsidenten gestellt hätten:

Keine Verminderung der Reichswehr, keine Abgabe von Kriegsmaterial und die Vorbereitung des Neuanfangs. (Große Bewegung im ganzen Hause.)

Hinter dem Ruhe nach Sachministern versteckten sich lediglich konservative und reaktionäre Ziele und Bestrebungen. In einem demokratischen Staate werden Ministerien nicht ausschließlich mit Sachministern besetzt. Ein Beispiel dafür seien ja Frankreich und England. In Erzberger, das muß trotz aller Angriffe gegen ihn gesagt werden, habe die Reichsregierung eine Arbeitskraft gehabt, wie wir sie unter den besten Sachministern nicht finden könnten. Allen Parteien, dem Bürgertum und vor allem der Arbeiterschaft, die an der Niederschlagung der Militärherrschaft mitgewirkt haben, spricht die Reichsregierung ihren tiefempfundenen Dank aus.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: D. M. A. S., für Redaktionen und Inseraten: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Amtliches

Die Ausgabe der neuen Fleisch- und Seifenkarten

erfolgt für den Stadtteil Waldenburg am Sonnabend den 20. d. Mts., vorm. von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr, im Schützenhausaal, Auenstraße 17, und

für den Stadtteil Altwasser

im früheren Amtsgebäude, und zwar im Zimmer Nr. 10, am Freitag vorm. von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr für Charlottenbrunner Straße 1-30, am Freitag nachm. von 3-5 1/2 Uhr, für Charlottenbrunner Straße 91-140 und am Sonnabend vorm. von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr für Charlottenbrunner Straße 141-212

und im Zimmer Nr. 12

am Freitag vorm. von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr, für Breslauer Straße, am Freitag nachm. von 3-5 1/2 Uhr für Am Bahnhof, Poststraße, Brunnengasse, Karlsbühnenstraße und Kolonie und Schweigerei, und am Sonnabend vorm. von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr für alle übrigen Straßen.

Die Karten sind pünktlich zu den festgesetzten Zeiten von den Hausbesitzern oder deren dazu beauftragten Stellvertretern abzugeben; an Schulkinder und nicht zuverlässig erscheinende Personen werden die Karten nicht ausgegeben. Bei Abholung sind Ausweise (Stenerkarte u.) vorzulegen. Zur Vermeidung von Verstärkungen wird darauf hingewiesen, daß zuviel oder zu unrichtig erhaltene Karten sofort zurückzugeben sind. Berichtigungen sind am Montag den 22. und Dienstag den 23. d. Mts. im städtischen Lebensmittelamt Waldenburg, bzw. im früheren Rathaus Altwasser, Zimmer Nr. 11, vorzubringen.

Die Ausgabe der Seifenzusatzkarten für Kinder im Alter bis zu 18 Monaten, für Kranke, Gebarmen, Pfleger, Apotheker, Krankenanstalten usw. und für mit ansteckenden Krankheiten behaftete Personen findet besonders statt und wird näheres hierüber noch in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Waldenburg, den 16. März 1920.

Städtisches Lebensmittelamt.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 15. bis 21. März 1920 werden ausgegeben gegen Fleischkartenabschnitt 1-10 (Kinderkarten die Hälfte 1-5): 100 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst nach den auf der Preistafel angegebenen Preisen. Ferner: 50 Gramm Konserven zum Preise von 0,50 M.

Waldenburg, den 18. März 1920.

Der komm. Landrat.

Kartoffelverkauf.

Auf die Kartoffelmärkte für die Zeit vom 22. 3.-28. 3. 1920 werden im Stadtteil Waldenburg am Montag den 22. März im Biedermannkeller (Neustadt) Blücherstraße und bei den Händlern Aust, Dietrich, Schneider, Gläser, Thiersch, Seel und am Dienstag den 23. März 1920 im Schulkeller auf der Bäckersstraße je Person 5 Pfund Kartoffeln ausgegeben. Desgleichen im Stadtteil Altwasser am Montag den 22. März 1920 bei den Händlern Lützel, Töpfer, in der ev. Oberschule und im Rathauskeller. Für Personen, die auf obengenannte Kartoffelmärkte an diesen Tagen keine Kartoffeln erhalten haben, findet am Sonnabend den 27. März 1920 ein weiterer Verkauf, und zwar im Stadtteil Waldenburg im Keller der Tierkörperverwertungsanstalt, Cochiusstraße, bei der Gasanstalt und im Stadtteil Altwasser im Wolfkeller, Kogelnstraße 5, statt.

Waldenburg, den 19. März 1920.

Der Magistrat. Städtisches Lebensmittelamt.

Gemeinde Ober Waldenburg.

Fleischkarten.

Die Herren Hausbesitzer oder deren Stellvertreter werden ersucht, die neuen Fleischkarten am Sonnabend den 20. März 1920, und zwar:

für Chauffeestrasse von 11 - 11 1/2 Uhr, vormittags,

für Kirchstraße 11 1/2 - 12 1/2 „ „ „

für Mittel-, Ritter- u. Albertstr. 12 1/2 - 1 „ „ mittags

im hiesigen Lebensmittelamt abzuholen.

Ober Waldenburg, 18. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung.

Unter dem Pferdebestande des Spediteurs Rah, hier, Cochiusstraße, ist die Mäule ausgebrochen.

Waldenburg, 17. März 1920.

Die Polizeiverwaltung.

J. B. Hiltawski.

Gemeinde

Ober Waldenburg.

Verkauf von Saatkartoffeln.

Der Verkauf der bestellten Saatkartoffeln findet am Sonntag den 20. März 1920, von 7-10 Uhr vormittags, gegen vorherige Einlösung des Bons im Lebensmittelamt vom Gisteller aus statt. Der Preis stellt sich pro Ztr. 35 M.

Ober Waldenburg, 18. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.

Neuhendorf.

Spiritusmarken.

Ausgabe der Spiritusmarken Sonnabend den 20. d. Mts., vormittags Punkt 9 Uhr, im Gemeindegasthaus.

Neuhendorf, den 16. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.

Neuhendorf.

Einwohnerwehr.

Zur Vornahme der Bürgerwahl habe ich die Mitglieder der Einwohnerwehr auf Sonntag den 21. d. Mts., vormittags 11 Uhr, in Biedermanns Branerei ein.

Neuhendorf, 18. 3. 19.

Der Gemeindevorsteher.